



## Staatsministerin Böhmer: "Erfolgreiche kommunale Integrationspolitik ist ein entscheidender Standortfaktor"

Staatsministerin Böhmer: "Erfolgreiche kommunale Integrationspolitik ist ein entscheidender Standortfaktor" <br /> Staatsministerin Maria Böhmer hat nachdrücklich an die Kommunen appelliert, den Ausbau einer echten Willkommens- und Anerkennungskultur verstärkt voranzutreiben. <br /> "Deutschland entwickelt sich zunehmend zu einem Magnet für gut qualifizierte Zuwanderer. Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels ist dies ein großer Gewinn für unser Land. Die jüngste OECD-Studie bestätigt eindrucksvoll, dass Deutschland von der derzeitigen Einwanderungswelle wirtschaftlich profitiert. Umso wichtiger ist es, die Fachkräfte auf Dauer in unserem Land zu halten. Ob sich die qualifizierten Zuwanderer bei uns heimisch fühlen, entscheidet sich insbesondere in den Kommunen. Gerade hier vor Ort brauchen wir eine echte Willkommens- und Anerkennungskultur! Es gilt, intensiver als bisher die Potenziale von Migranten in den Blick zu nehmen. Das Signal an gut qualifizierte Zuwanderer lautet: Wer sich mit seinen Kenntnissen und Fähigkeiten aktiv vor Ort einbringen will, dem reichen wir gerne die Hand", betonte Böhmer heute anlässlich des 7. Bundeskongresses für Nationale Stadtentwicklungspolitik in Ludwigshafen. <br /> "Immer mehr Kommunen in Deutschland erkennen: Die wachsende Vielfalt ist ein großes Potenzial für die Stadtentwicklung. Eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik ist ein entscheidender Standortfaktor. In den vergangenen Jahren hat die kommunale Integrationspolitik zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die erste umfassende Studie zum Stand kommunaler Integrationspolitik belegt: <br /> Immer mehr Kommunen erklären Integration zur Chefsache. <br /> Zudem wird Integration immer öfter als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert- von der Altenhilfe bis zur Kinderbetreuung. Dadurch kommt es zu einer stärkeren Vernetzung aller Akteure vor Ort. Mit den individuellen Integrationsvereinbarungen wird diese wichtige Vernetzung befördert. <br /> Darüber hinaus entwickeln Kommunen immer häufiger eine eigene Gesamtstrategie zur Integration von Migranten. <br /> Dies zeigt: Viele Kommunen haben sich beim Ausbau einer Willkommens- und Anerkennungskultur erfolgreich auf den Weg gemacht. Jetzt ist es dringend geboten, diesen Prozess zu beschleunigen. Besonders wichtig ist die Haltung der Ausländerbehörden: Sie sind oft erste Anlaufstationen auch für qualifizierte Zuwanderer. Umso dringlicher ist der konsequente Ausbau der Ausländerbehörden zu wirklichen Servicestellen. Vorbildlich für große Kommunen ist die Einrichtung von Welcome-Centern wie in Hamburg oder München", erklärte Böhmer. <br /> "Der gesellschaftliche Klimawandel hin zu einer gelebten Willkommenskultur gelingt nur, wenn alle an einem Strang ziehen. Beispielhaft hierfür stehen der Nationale Aktionsplan Integration, das Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die individuellen Integrationsvereinbarungen. Wir brauchen ein verstärktes Wir-Gefühl in unserem Land. Dies haben wir erreicht, wenn Zuwanderer als Heimat nicht mehr ihr Herkunftsland, sondern ihren Wohnort in Deutschland benennen", so Staatsministerin Böhmer. <br /> <br /> Kontakt: <br /> <br /> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung <br /> Dorotheenstr. 84 <br /> 10117 Berlin <br /> Deutschland <br /> Telefon: 01888 / 272 - 0 <br /> <br /> Telefax: 01888 / 272 - 2555 <br /> <br /> Mail: InternetPost@bundesregierung.de <br /> <br /> URL: <http://www.bundesregierung.de/> <br /> <br /> 

### Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[InternetPost@bundesregierung.de](mailto:InternetPost@bundesregierung.de)

### Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[InternetPost@bundesregierung.de](mailto:InternetPost@bundesregierung.de)

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".